

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Kurt Hübner
Hauptredaktion: Kurt Hübner
Telefon: 1111

Verlagsgesellschaft des Dresdner Nachrichtenverlags
Hauptverwaltung: Dresden, Postfach 1111
Telefon: 1111

Druck: Verlag: G. G. & W. Schmidt
Dresden, Postfach 1111
Telefon: 1111

Hindenburg empfängt die Parteiführer

Adolf Hitler nimmt die Einladung an

München, 18. Nov. Wie aus dem Brauner Hause verlautet, hat Adolf Hitler die telegraphische Einladung des Reichspräsidenten, zu einer persönlichen Besprechung nach Berlin zu kommen, zu seinem Ende beantwortet.

Am Freitagvormittag wurde, wie unsere Berliner Schriftleitung berichtet, der Führer der Deutschnationalen, Dr. Hugenberg, vom Reichspräsidenten zu der angekündigten Audienz empfangen. Die Unterredung dauerte ziemlich lange. Nachmittags erscheint Prälat Kaas und im Anschluss daran Dr. Dingeldey. In Ergänzung der geringen Mitteilungen über den vermutlichen Ablauf der innerpolitischen Bemühungen des Reichspräsidenten um eine nationale Konzentration wird noch an zuständiger Stelle mitgeteilt.

Man leitens der Regierungstellen auch nicht über den technischen Rahmen der Parteiführerempfangs irgendwelche Mitteilungen herauszugeben wird.

Für die nächste Woche sei noch kein Plan aufgestellt. Der

Reichspräsident entscheide über Form und Inhalt der Empfänge, er werde sie alle gleichmäßig vor sich geben lassen.

Auf Seiten des Reichspräsidenten nimmt nur der Staatssekretär Dr. Weizsäcker an den Besprechungen teil.

Der nationalsozialistische Reichstagspräsident Göring ist, wie aus Rom gemeldet wird, heute früh mit dem Flugzeug Rom-München abgereist und dürfte am Nachmittag Berlin erreichen. In seiner Begleitung befindet sich der Hauptschriftleiter des „Völkischen Beobachters“, Rosenberger. Es scheint, daß Göring den Auftrag hat, sich ebenfalls an den Verhandlungen zu beteiligen.

Nach Meldungen aus München vermeidet man dort zur Stunde noch jede öffentliche Festlegung.

Ist aber begrifflicherweise über den Gang der Ereignisse befriedigt und beurteilt die Lage sehr optimistisch. Hitler scheint den Wunsch zu haben, sich mit dem Reichspräsidenten unter vier Augen auszusprechen, also auch in Abwesenheit Dr. Weizsäckers. Hitler wird voraussichtlich heute abend München verlassen und sich nach Berlin begeben, wo am Sonnabend dann die Aussprache mit dem Reichspräsidenten stattfinden soll.

Die Erfordernisse der Stunde

Blätterstimmen zum Rücktritt Papens

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. Nov. Das Presse-Echo, das die sich abspielenden Vorgänge vom Donnerstag in den reichshauptstädtischen Zeitungen findet, ist gekennzeichnet durch das Gefühl der Unsicherheit, das sich allerorts breitet. Überall werden die Schwierigkeiten betont, die zu überwinden sind, wenn die Herstellung einer wirklichen nationalen Konzentration verwirklicht werden soll. Die „Kreuzzeitung“, das Blatt des Stahlhelms, unterstreicht diese Unsicherheit besonders stark und erklärt, daß der Eindruck zunächst unvermeidlich sei, daß die Regierung von Papen dem Druck der Parteien in einem Augenblick nachgegeben habe, in dem die innerpolitische und vielleicht noch mehr die außenpolitische Lage von der deutschen Staatsführung ein Höchstmaß von Beständigkeit und Zielarbeit verlange. Jede deutsche Regierung, die die Pflicht zur sachlichen Arbeit und zu einer energischen Reformtätigkeit in sich spürt, müsse zu Maßnahmen gelangen, die dem heutigen Parteiwesen aus jeder gehen und die von den Trägern parlamentarisch-demokratischer Gesinnung deshalb bis zum äußersten bekämpft würden.

Die „Deutsche Zeitung“ beweist, daß der Weg zur Zusammenfassung aller wahrhaft nationalen Kräfte nach Forträumung des in der Regierung Papen liegenden verwerflichen Hindernisses nun auch wirklich denkbar sei, weil nämlich das Ziel gewissermaßen offen, die zum Wiedereinsetzen worden seien, doch ziemlich stark von dem abzuweichen dürfte, was man sich unter nationaler Konzentration vorstellen möchte. Man müsse bedenken, daß sich dieselben Zentrumsberren an den Verhandlungstisch geladen würden, von denen aus der Zeit des parlamentarischen Systems unheiligen Angedenkens doch noch allgemein bekannt sein sollte, zu welcher Fertigkeit sie die Kunst des Aufhandels in des Wortes verwegener Bedeutung ausgebildet hätten.

Der deutschnational „Berliner Lokalanzeiger“ meint, es heiße König aus einer giftigen Blüte laugen, wenn man jetzt erkläre, daß das Kabinett von Papen als bloßes Lehmschiff für ein Ministerium eigentlich härter sei als zuvor, weil ein geschäftsführendes Ministerium nicht an seinen vollen Belangen eingeklinkt habe, dagegen den Eviden und Schlägen des parlamentarischen Geschicks völlig entzogen sei. Es sei sehr zweifelhaft, ob den Parteien aus eigener Kraft die Erreichung der nationalen Konzentration gelingen werde, für die sie sich dem Vertreter eines autoritären Regierungsprinzips verhaft hätten, doch nicht in Wahrheit um seiner Partei willen, sondern seines Prinzipes wegen. Jetzt käme es nun darauf an, nachzuprüfen, ob der Plan einer nationalen Konzentration auf anderer Basis gelänge. Um Namen brauche es sich dabei nicht zu handeln:

„Name hin, Name her! Die Sache: Deutschland!“

Die Berliner „Völkzeitung“ enthält sich zunächst längerer Ausführungen und unterstreicht, daß der Rücktritt des Reichskabinetts nicht deshalb erfolgt sei, weil das Kabinett nicht mehr das Vertrauen Hindenburgs besessen habe, sondern lediglich deshalb, weil die Regierung Papen in aller Form dazum wollte, daß sie dem Reichspräsidenten sehr den Weg zu seinen Verhandlungen mit den Parteiführern in jeder Hinsicht freizumachen wünsche. Es habe in politischen Kreisen gestern abend der Eindruck bestanden, daß

der Weg zu einer Verständigung zwischen der Präsidialgewalt und der NSDAP, bzw. zwischen den Gruppen der Garzburger Front untereinander doch nicht ganz so verbannt

sei, wie man bisher habe annehmen müssen, und daß zum mindesten in dieser Hinsicht eine vorläufige allerdings noch ziemlich schwache Chance für eine positive Lösung vorhanden sei.

Das Zentrumblatt „Germania“ schreibt, die Regierung von Papen habe den Weg zu einer Neubildung der Reichsregierung und zu ihrer engeren Verknüpfung mit dem Volke freigegeben und hat dem Lande damit einen großen Dienst erwiesen. Die Entscheidung sei ernst und folgenreich für alle diejenigen, an die der Ruf des Reichspräsidenten mit der Bitte um Unterstützung ergangen werde. Für radikale Bewegungen, halbe Entschlüsse und primitive Rücksichten des Prellfußes sei kein Raum, wo große, das Schicksal des Landes bestimmende Entscheidungen getroffen werden müßten.

Nun sei die Nationalsozialistische Partei vor aller Teilhaftigkeit und im Lichte des hellsten Tages vor die Entscheidung gestellt.

ob und unter welchen Bedingungen sie sich in den Staat einschalten und an seinen Aufgaben mitwirken wolle. Der Tag, an dem ihr diese Frage von der höchsten Autorität des

Landes vorgelegt werden werde, entscheide über mehr als nur über die Möglichkeit der vom Reichspräsidenten angeordneten politischen Kräftekonzentration. Die „Völk. Ztg.“ hebt hervor, daß es sich diesmal nicht nur um einen Personenaustausch, um eine Option für Reichs- oder Völk- oder die Mitte handle, sondern um eine Entscheidung, durch die das deutsche Schicksal auf lange Zeit gestaltet werde. Dieser ungewöhnlichen Bedeutung entspreche auch das ungewöhnliche Verfahren, das der Reichspräsident gewählt habe. — Der „Völk. Courrier“ hält es für notwendig, daß keine überhasteten Entscheidungen getroffen würden, sondern daß mit aller Objektivität und Ruhe die Möglichkeiten erwogen würden.

wie ein dem Parteienstreit entzogenes Kabinett sich der wenn auch nur indirekten Mitwirkung des Parlaments versichern könnte.

Der „Vorwärts“ schreibt, die Haltung der Sozialdemokratie zu einer papenähnlichen Regierung werde genau dieselbe sein, wie zu der Regierung Papen selbst. Denn sie fordere nicht den Rücktritt dieser oder jener Person, sondern das Verschwinden eines Systems, des Systems des Klassenkampfes von oben.

Unter der Überschrift „Keine halben Entscheidungen!“ schreibt der „Völkische Beobachter“ zum Rücktritt der Regierung Papen: Der Entschluß komme spät, aber immer noch nicht zu spät, wenn er von dem Gedanken geleitet sei, den Weg für eine „grundtätig neue Staatsführung“ wirklich und mit allen Konsequenzen freizumachen. Dazu gehöre vor allem die Einsicht, daß eine neue Zeit neue Maßnahmen und neue Männer erfordere. Die Kanzlerkrisis Papens habe bewiesen, daß die Zeit der Experimente und der halben Maßnahmen vorbei sei. Eine Regierung, hinter der kein Volk stehe, sei den schweren Aufgaben nicht mehr gewachsen. Der Maßstab der Autorität bestehe in dem Grade der Verantwortung, das einer beim deutschen Volke geniesse. Die Stimme des Volkes lauge darüber entschieden, wem es als Führer in diesem Schicksalskampf zu folgen gedente. Es sei wahrlich nicht zu viel verlangt, wenn endlich auch an verantwortlicher Stelle dem Willen und der Meinung des Volkes Rechnung getragen werde. Und diese Meinung lauge dahin:

„Nunmehr die Stunde gekommen ist, in der ohne Zwischenlösungen Adolf Hitler zum Kanzler ernannt werden muß.“

Jede neue Zwischenlösung verbräuche unnötige Kräfte. Deute müsse man Deutschland nationalsozialistisch führen, um zu verhindern, daß es bolschewistisch werde. Erkenne man diese Gefahr nicht, dann werde Deutschland davor auch durch keine „Präsidialregierung“ gerettet werden.

Das Auslandsecho der Berliner Ereignisse Wohlwollende Würdigung Papens

London, 18. Nov. Das Interesse der Londoner Presse an der deutschen Regierungskrise drückt sich durch weitgehende Wiedergabe der Berliner Berichte aus. Es fehlt jedoch im allgemeinen noch an eigenen Kommentaren. „Financial News“ erklärt, daß man abwarten müsse, ob die Parteien eine Regierung bilden könnten. Die Papen-Regierung habe nichts getan, was gefährlich oder schädlich sein könne. Die Nationalsozialisten und die Zentrumspartei hätten noch zu beweisen, daß eine allgemeine Koalition der Rechte ebensoviel leisten könne. Es sei auf jeden Fall für einen unparteiischen Beobachter klar, daß, wenn die Parteien bei ihren Forderungen so hartnäckig seien und es nicht verstehen sollten, dem augenblicklichen Sieg ein Kompromiß unter sich folgen zu lassen, sie das Risiko laufen, ein Gelegenheits zu verpassen, die vielleicht nicht wiederkehren werde.

Im Bericht der „Daily Mail“ heißt es, daß Herr von Papen nicht aus Ehrgeiz, sondern lediglich aus Pflichtgefühl gehandelt habe, als er den Kanzlerposten angenommen habe. Wenn die Koalitionsverhandlungen schiefslagen würden, so sei Hindenburg gezwungen, Deutschland unter eine Art Diktatur zu setzen, denn Deutschland müsse regiert werden. „Daily Express“ erklärt: von Papens Nachfolger werde entweder von Papen oder Hitler sein. Hindenburg habe bisher immer sein Vaterland vor seine eigene Person gestellt. Wenn er denke, daß Deutschlands Wohl die Ernennung Hitlers zum Kanzler verlange, so werde er ihn mit der Neubildung der Regierung beauftragen.

Auch Paris rechnet mit Vertrauens der NSDAP.

Paris, 18. Nov. Der Rücktritt der Reichsregierung wird in der Pariser Morgenpresse sehr eingehend besprochen. Das „Echo de Paris“ meint, die verschiedenen Regierungsmöglichkeiten seien eine Herausforderung der Öffentlichkeit gewesen und hätten dazu beigetragen, seine Stellung zu untergraben. Das „Journal“ sagt, wenn der Reichswehrminister sich auch hinter die Kulissen zurückgezogen habe, so bleibe er dennoch der Hauptverantwortliche. Ein neues Kabinett werde lediglich versuchen, von Frankreich neue Zugeständnisse durchzudrücken. Das schlimmste wäre, wenn die neue Re-

gierung vorgelegt werden werde, entscheide über mehr als nur über die Möglichkeit der vom Reichspräsidenten angeordneten politischen Kräftekonzentration. Die „Völk. Ztg.“ hebt hervor, daß es sich diesmal nicht nur um einen Personenaustausch, um eine Option für Reichs- oder Völk- oder die Mitte handle, sondern um eine Entscheidung, durch die das deutsche Schicksal auf lange Zeit gestaltet werde. Dieser ungewöhnlichen Bedeutung entspreche auch das ungewöhnliche Verfahren, das der Reichspräsident gewählt habe. — Der „Völk. Courrier“ hält es für notwendig, daß keine überhasteten Entscheidungen getroffen würden, sondern daß mit aller Objektivität und Ruhe die Möglichkeiten erwogen würden.

wie ein dem Parteienstreit entzogenes Kabinett sich der wenn auch nur indirekten Mitwirkung des Parlaments versichern könnte.

Der „Vorwärts“ schreibt, die Haltung der Sozialdemokratie zu einer papenähnlichen Regierung werde genau dieselbe sein, wie zu der Regierung Papen selbst. Denn sie fordere nicht den Rücktritt dieser oder jener Person, sondern das Verschwinden eines Systems, des Systems des Klassenkampfes von oben.

Unter der Überschrift „Keine halben Entscheidungen!“ schreibt der „Völkische Beobachter“ zum Rücktritt der Regierung Papen: Der Entschluß komme spät, aber immer noch nicht zu spät, wenn er von dem Gedanken geleitet sei, den Weg für eine „grundtätig neue Staatsführung“ wirklich und mit allen Konsequenzen freizumachen. Dazu gehöre vor allem die Einsicht, daß eine neue Zeit neue Maßnahmen und neue Männer erfordere. Die Kanzlerkrisis Papens habe bewiesen, daß die Zeit der Experimente und der halben Maßnahmen vorbei sei. Eine Regierung, hinter der kein Volk stehe, sei den schweren Aufgaben nicht mehr gewachsen. Der Maßstab der Autorität bestehe in dem Grade der Verantwortung, das einer beim deutschen Volke geniesse. Die Stimme des Volkes lauge darüber entschieden, wem es als Führer in diesem Schicksalskampf zu folgen gedente. Es sei wahrlich nicht zu viel verlangt, wenn endlich auch an verantwortlicher Stelle dem Willen und der Meinung des Volkes Rechnung getragen werde. Und diese Meinung lauge dahin:

„Nunmehr die Stunde gekommen ist, in der ohne Zwischenlösungen Adolf Hitler zum Kanzler ernannt werden muß.“

Jede neue Zwischenlösung verbräuche unnötige Kräfte. Deute müsse man Deutschland nationalsozialistisch führen, um zu verhindern, daß es bolschewistisch werde. Erkenne man diese Gefahr nicht, dann werde Deutschland davor auch durch keine „Präsidialregierung“ gerettet werden.

Das Auslandsecho der Berliner Ereignisse

Wohlwollende Würdigung Papens

London, 18. Nov. Das Interesse der Londoner Presse an der deutschen Regierungskrise drückt sich durch weitgehende Wiedergabe der Berliner Berichte aus. Es fehlt jedoch im allgemeinen noch an eigenen Kommentaren. „Financial News“ erklärt, daß man abwarten müsse, ob die Parteien eine Regierung bilden könnten. Die Papen-Regierung habe nichts getan, was gefährlich oder schädlich sein könne. Die Nationalsozialisten und die Zentrumspartei hätten noch zu beweisen, daß eine allgemeine Koalition der Rechte ebensoviel leisten könne. Es sei auf jeden Fall für einen unparteiischen Beobachter klar, daß, wenn die Parteien bei ihren Forderungen so hartnäckig seien und es nicht verstehen sollten, dem augenblicklichen Sieg ein Kompromiß unter sich folgen zu lassen, sie das Risiko laufen, ein Gelegenheits zu verpassen, die vielleicht nicht wiederkehren werde.

Die Gewaltenteilung in Preußen

Eine Notverordnung des Reichspräsidenten

Berlin, 18. November. Mit Rücksicht darauf, daß die Verhandlungen über die praktische Durchführung der im Urteil des Staatsgerichtshofs zum Ausdruck gebrachten Gewaltenteilung in Preußen nicht um Ziele geführt haben, hat der Reichspräsident zur Behebung der aus dieser Lage entstandenen Schwierigkeiten auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 einen Erlaß an den Reichskanzler als Reichskommissar für Preußen erteilt.

worin zehn besonders strittige Punkte, nämlich die Fragen der Besetzung des Reichsausschusses, des Reichsausschusses, der Zustimmung zu Haushaltsüberschreitungen, der Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredits, des Verkehrs mit den Reichsbehörden, des Beantragungsbereichs, der Amtsräume, der Dienstwohnungen, der Teilnahme an den Parlamentssitzungen und der Unterrichtung der allen Regierung über die laufenden Angelegenheiten, geregelt werden.

Dieser Erlaß ist auch dem preussischen Ministerpräsidenten Braun gleichzeitig mit einem Schreiben des Reichspräsidenten zugegangen, in dem darauf hingewiesen wird, daß das Interesse des Reiches und Preußens ein verträgliches Zusammenarbeiten zwischen dem Reichskommissar des Reiches und dem preussischen Staatsministerium im Geiste des Leipziger Urteils verlangt.